

Intrikater sind die Bezüge zur Verbändereform. Vieles, was in den letzten Jahren dem Zentralkomitee zur Last gelegt wurde, hätte sich primär an die Verbände richten müssen, denn diese verkörperten mehr noch als das Zentralkomitee selbst die traditionellen politischen und kirchlichen Strukturen des deutschen Katholizismus. Mit dem neuen Statut hat sich die Stellung des Zentralkomitees gegenüber den Verbänden trotz ihrer schwächeren Präsenz eher verstärkt. Die Verbändereform anzuregen und mitzuverwirklichen wird zu seinen nächsten, wichtigsten und schwierigsten Aufgaben gehören. Gegenwärtig arbeitet die Verbändekommission des Komitees noch an der Denkschrift über die Reform des Verbandswesens, deren Veröffentlichung für Sommer erwartet wird. Sie wird

klarzumachen haben, daß es nicht nur um eine Flurbereinigung bei den Verbänden gehen kann, um die Feststellung, welche Verbände und Einrichtungen heute noch notwendig sind oder inzwischen ihre Aufgaben erfüllt haben, sondern auch, in welcher Weise und wie zutreffend sich diese in ihrer Gestalt und in ihrer Wirksamkeit als Organisationen des Apostolats bewähren, welche Tätigkeiten im eigentlichen Sinne als christliches Zeugnis in Kirche und Gesellschaft zu werten sind und welche keine spezifisch christliche oder kirchliche Aufgabe darstellen und deswegen anderen Gruppen und Organisationen überlassen werden können. Erst wenn die Frage in praxi geklärt ist, wird auch das Zentralkomitee voll zu seinen Aufgaben als Spitzenorgan des Laienapostolats finden.

Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

Empfehlungen der Postkonziliaren Studienkommission in Österreich

Die von der österreichischen Bischofskonferenz eingesetzte Postkonziliare Studienkommission veranstaltete vom 23.

bis 25. Februar in Wien eine von allen Diözesen besandigte Studententagung über „Situation und Struktur der Kirche in Österreich“. Schwerpunkte waren nicht die einleitenden Vorträge (Msgr. Otto Mauer, Wien, J. Hanisch, Salzburg, Msgr. Karl Strobl, Wien), die mehr die allgemeine Lage der Kirche, in unserer Zeit als ihre spezifische Situation in Österreich behandelten, sondern die Diskussionen und die Herausarbeitung von Thesen und Empfehlungen in mehreren Arbeitskreisen. Diese konkreten Vorschläge scheinen das eigentliche Bedeutende und Weiterführende der Tagung gewesen zu sein.

Der *Arbeitskreis 1 (Kirchenbild)*, der der weitaus fruchtbarste war, gab folgende Empfehlungen: Das gesamte Material der Verkündigung müßte überprüft werden, einmal im Hinblick auf die Tatsache, daß Gott auch außerhalb der katholischen Kirche das Heil der Menschen wirkt und daher den Religionen Heilswert zukommt, und zum anderen im Hinblick auf die Verständnismöglichkeit für Außenstehende. Der Kirche ziemt grundsätzliche Bescheidenheit: in ihrer Redeweise (Enzykliken, Hirtenbriefe usw.); im Anspruch auf die Lösung von theologischen und moralischen Problemen (Krieg, Hunger); im äußeren Erscheinungsbild (Beseitigung aller Anachronismen und Triumphalismen). Die Kirche müßte zur steten Revision und zwar auf allen Gebieten kirchlichen Lebens bereit sein, ohne Rücksicht auf Tabus und Personen.

Um den Ansprüchen der verschiedenen Ämter und Aufgaben besser zu entsprechen, müßten alle Amtsträger und alle im kirchlichen Dienst stehenden Personen sich zur permanenten Weiterbildung verpflichtet fühlen. Das postgraduierte Studium des Klerus müßte der Regelfall werden. Für die Ämterbesetzung sollten neue Qualifikationen gefunden, bei den höheren kirchlichen Ämtern ein entsprechender Ausbildungsgang festgelegt und die Amtsdauer zeitlich begrenzt werden. Dadurch würde die zwar ungewollte, aber tatsächliche Begünstigung der Mittelmäßigkeit überwunden.

Der *Arbeitskreis* machte ausdrücklich auf die fundamentale Glaubenskrise, die in der Kirche herrscht, aufmerksam. Diese Krise könne nicht mit disziplinären Methoden und nicht durch Beschwörung einer unzulänglichen Schulbuchtheologie oder durch die Tabulisierung bestimmter

Themen gelöst werden. Der Glaube werde nicht gefährdet durch die Methoden rationaler Erhellung, wohl aber suspekt durch vorwissenschaftliches Gedankengut. In vielen Punkten müsse nach neuen Formen der Glaubensbegründung gesucht werden. Den Eltern und Katecheten müßten Formen der positiven Entmythologisierung gelehrt werden, den bisherigen Versuchen sei grundsätzlich zuzustimmen.

Zum Thema Ökumenismus betont der Arbeitskreis, daß die Dynamik der ökumenischen Entwicklung aufrechtzuerhalten sei, da ein Stationärwerden Rückschritt bedeutet, es wäre nun an der Zeit, von der Gebetsgemeinschaft und der Zusammenarbeit in praktischen Dingen zu theologischen Gesprächen vorzustoßen. Hinsichtlich der Eucharistie wäre zu bedenken, ob nicht die Praxis einer *Communicatio in sacris* der Einheit vorangehen und sie sogar stiften könnte.

Alle legitimen demokratischen Formen der Meinungsbildung müßten auch in der Kirche möglich sein: Information, Argumentation, Protest. Beim Engagement der Kirche für sittliche Prinzipien im Rahmen der Gesellschaft wäre zu beachten, daß nur das sozial sanktioniert werden kann, was das Wohl der Gesellschaft unmittelbar tangiert. Auch wo das zweifellos der Fall ist, sei zu überlegen, ob bei dem weltanschaulich pluralistischen Zustand der Gesellschaft den Menschen anderen Gewissensbefundes die christliche Überzeugung aufoktroiiert werden dürfe.

Das ekklesiologische Gespräch möge rasch abgeschlossen werden, damit man sich dem Christus- und Gottesproblem zuwenden könne, da ja die Kirche nicht sich selbst, sondern Jesus als den Christus zu predigen hat. Die traditionelle Auffassung von der Höchstwertigkeit der monastisch-meditativen Lebensform sollte durch die biblische Auffassung ersetzt werden, daß die apostolisch-missionarische Lebensform den höchsten Rang verdient. — Index und Vorzensur mögen abgeschafft werden.

Der *Arbeitskreis 2 (Äußere Situation)* sprach sich für folgende Thesen aus: Die Gesellschaftswissenschaften mögen in das Theologiestudium einbezogen und ihre Ergebnisse bei den kirchlichen Planungen und in der seelsorglichen Praxis berücksichtigt werden. Alle Glieder der Kirche mögen mitbestimmen und auch die Frauen eine entsprechende Vertretung erhalten. Hinsichtlich der Wissenschaften, in welchen die Katholiken relativ wenig präsent sind, sollte eine positive Einstellung zum wissenschaftlichen Bildungsweg gefördert und eine entsprechende

Bildungsberatung und Begabtenförderung eingerichtet werden. Auch die moderne Literatur müßte als Zeichen der Zeit zur Kenntnis genommen und ein breiter Toleranzraum gewährt werden. Mit Literaten müßten Kontakte gesucht werden u. a. durch Autorenlesungen, literarische Kolloquien und durch den Ausbau des Kulturteiles in den der Kirche nahestehenden Zeitschriften. Um in den Massenmedien eine entsprechende Präsenz der Kirche zu sichern, müßte für diese Berufe geworben und für eine Fachausbildung gesorgt werden.

Arbeitskreis 3 (Innere Situation) forderte eine entschiedene Akzentverschiebung der Seelsorge von den Kindern auf die Erwachsenen; die Erarbeitung eines Erwachsenen-katechismus; die Aufwertung der Firmung durch intensive Vorbereitung und die Heraufsetzung des Firmungsalters auf etwa 18 Jahre; den Ausbau von Zentren der katholischen Erwachsenenbildung; die Fortbildung des Klerus und der Laientheologen, im besonderen das Studium der Zeitfragen; die Konzentration der kirchlichen Presse auf wenige, aber in Inhalt und Ausstattung hochstehende Organe. Im Diözesanbudget sollten die personellen Aufwendungen, einschließlich der Weiterbildung von Klerus und Laien, den Vorrang erhalten (gegenüber dem derzeitigen sehr hohen Bauaufwand).

Der *Arbeitskreis 4 (Gemeindeordnung)* setzte sich dafür ein, daß die Pfarrgemeinde durch ein kollegiales Gremium, den Pfarrgemeinderat, geleitet werde. Diese Ordnung würde sichtbar machen, daß die Glieder der Gemeinde zugleich Subjekt und Objekt der Seelsorge sind. Der Arbeitskreis legte einen detaillierten Entwurf einer Pfarrgemeindeordnung vor, demzufolge der Pfarrgemeinderat alle Fragen des pfarrlichen Lebens zu beraten hat, mit der einzigen Einschränkung, daß hinsichtlich Sakramentenspendung und Verkündigung bloß über die äußeren Umstände Beschlüsse gefaßt werden können. Die von der gesamten Pfarrgemeinde in geheimer Wahl gewählten Mitglieder sollten die Mehrheit haben gegenüber den amtlichen Mitgliedern (Seelsorgepriester, Religionslehrer, Seelsorgehelferinnen) und den wegen ihrer Fachkenntnisse vom Pfarrgemeinderat berufenen Mitgliedern. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt (also auch gegen den Willen des Pfarrers). Der Pfarrer kann dagegen binnen acht Tagen bei der kirchlichen Oberbehörde „Vorstellung“ erheben.

Der *Arbeitskreis 5 (Leitungs- und Beratungsgremien)* betonte die Notwendigkeit von Gremien zwischen Pfarrei und Diözese, also Dekanaten und Regionen, analog den Pfarrgemeinderäten. Ferner wurde die Einrichtung von Diözesanräten zur Beratung des Bischofs gefordert, deren Beschlüsse allerdings erst durch die Bestätigung des Bischofs Rechtskraft erhalten sollten, und schließlich ein gesamtösterreichischer Pastoralrat als beratendes Organ neben der Bischofskonferenz. Alle diese Einrichtungen wären ad experimentum für zwei bis drei Jahre einzurichten. (Es ist wohl nicht zu übersehen, daß ein gewisser Widerspruch vorliegt, wenn der Diözesanrat beratende Funktion hat, der Bischof also seine völlige Entscheidungsfreiheit behält, während das Gremium der Pfarrei Beschlußfassungsrecht hat und den Pfarrer auch durch Beschlüsse binden kann, die dieser ablehnt.)

Der *Arbeitskreis 6 (Territoriale Strukturen)* ging davon aus, daß bei der Differenziertheit unserer Gesellschaft das alte Schema Diözese-Pfarrei nicht mehr genügt. Große Pfarreien müßten in Wohnviertelgemeinden untergliedert werden mit je einem Gemeindezentrum (Saal für Gottes-

dienste und Vorträge) und einem Gemeindeleiter (natürlich einem Laien). Dem Dekanat werden wichtige Funktionen zuerkannt: Planung über den Einsatz der vorhandenen Kräfte, gegenseitige Förderung, Weiterbildung, Gottesdienst für „kategoriale“ Gemeinden. In Großstädten, z. B. in Wien, müßten besondere Regionen gebildet werden.

Der *Arbeitskreis 7* befaßte sich mit den *kategorialen Strukturen*. Gegenwärtig, so wurde betont, dominiert allzusehr die territoriale Struktur. Diese aber ist nicht mehr in der Lage, ein ausreichendes Angebot an jene Personen zu richten, deren Lebensvollzug außerhalb der Pfarrei in der Gesamtgesellschaft liegt. Es müßten daher kategoriale Strukturen geschaffen werden, die der sozialen Wirklichkeit unserer Gesellschaft entsprechen. Es scheint, daß die bisherigen kategorialen Strukturen hauptsächlich solche Gruppen erfassen, die sich leichter autoritativ führen lassen (Kinder, Jugendliche, Frauen, alte Leute), während jene Schichten vernachlässigt worden sind, die schwieriger zu führen sind, nämlich Intellektuelle, Techniker, Künstler, Wirtschaftsmanagement, Verbandsfunktionäre, die aber von größter Bedeutung für die Gesellschaft sind. Je differenzierter die Merkmale der Kategorie sind, um so mehr wird die nächsthöhere territoriale Struktur der Entfaltungsräume für die betreffende Kategorie sein. Für die Priester ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer spezialisierten Ausbildung, was durch ein Zweitfachstudium, oder durch ein Postgraduiertestudium zu erreichen ist.

Die Kirche der Zukunft müßte ihr Angebot mindestens im gleichen Maße territorial wie kategorial gestalten. Das würde erfordern, daß ein Priester bzw. Laie in erster Linie für einen Sachbereich und nicht für einen bestimmten Ort ernannt wird.

Die Reform des Päpstlichen Hofes Am 29. März 1968 gab Msgr. G. Pinna, Sekretär der zuständigen Kardinalskommission, auf einer Pressekonferenz die am gleichen Tage mit dem *Motu proprio Pontificalis domus* (vgl. „Osservatore Romano“, 30. 3. 68) in Kraft getretene Reform des Päpstlichen Hofes (jetzt „Päpstliches Haus“) bekannt. Paul VI., der diese Reform zugleich mit der Reform der Kurie wünschte, hatte bereits in seiner Ansprache vom 4. Januar 1965 an den römischen Adel die ersten Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Im Dezember 1966 erhielt eine Sachverständigengruppe den Auftrag, die erforderlichen Maßnahmen zu studieren. Im September 1967 setzte der Papst eine eigene Kardinalskommission ein, der die Kardinäle E. Forni (als Präsident), M. de Fuerstenberg, früher Apostolischer Nuntius in Portugal und jetzt Präfekt der Ostkirchenkongregation, G. T. Heard und A. Dell'Acqua angehörten. Der Papst billigte den von dieser Kommission erarbeiteten Entwurf am 28. März 1968. Msgr. Pinna sah auf seiner Pressekonferenz im Ergebnis der Reform den heute „vorherrschenden Sinn für den Vorrang der geistigen Werte der Wahrheit, des Logischen und Funktionellen vor dem rein Nominellen, Dekorativen und Äußerlichen“. Das Kriterium für die päpstlichen Ämter sei der zu leistende effektive Dienst. Nur noch solche Persönlichkeiten sollten Angehörige des Päpstlichen Hauses sein, die im geistlichen und im weltlichen Sektor eine wirkliche Funktion ausüben. Wie an der Gesamtkurie ist auch hier die Amtsdauer auf fünf Jahre begrenzt. Die Erblichkeit der Ämter ist

abgeschafft. Alle erlöschen mit dem Tod des jeweiligen Papstes.

Das gesamte Päpstliche Haus untersteht nunmehr der im Zuge der Kurienreform neu geschaffenen Präfektur des Apostolischen Palastes, zu deren Präfekt Msgr. M. N. Rocca di Corneliano, bisheriger Maestro di Camera, ernannt wurde. Die Präfektur des Apostolischen Palastes vereinigt heute in sich die früheren Ämter des Majordomus, des Maestro di Camera sowie der (früheren) Zeremonialkongregation. Die inzwischen fertiggestellte Geschäftsordnung der Präfektur wird zur Zeit überprüft. Die frühere Zweiteilung des Päpstlichen Hofes in „Cappella Pontificia“ und „Päpstliche Familie“ wurde beibehalten. Das erste Gremium umfaßt alle Personen, Laien und Geistliche, welche den Papst bei der Ausübung seiner geistlichen Funktionen unterstützen und bei feierlichen liturgischen Zeremonien, an denen auch der Papst teilnimmt, Dienst tun. Neu in diese Gruppe aufgenommen wurden die Pfarrer der Diözese Rom. Geändert wurden die Funktionen der Thronassistenten, die weiterhin aus dem Adel kommen, die jetzt aber zur Päpstlichen Familie gehören und deren nun nicht mehr erbliches Amt in Zukunft nur noch darin besteht, bei feierlichen weltlichen Anlässen (Staatsempfängen) protokollarische Aufgaben zu übernehmen. Diese Änderung betrifft die beiden römischen Adelshäuser Orsini und Colonna, die bisher die Thronassistenten gestellt hatten. Nicht mehr zur Cappella gehören außerdem die Nobelgarde, nun in „Ehregarde des Papstes“ umbenannt, sowie Körperschaften, die keinen streng religiösen Charakter tragen. Abgeschafft wurden mehrere seit langem sinnlos gewordene Ämter und Titel.

Während die Mitglieder der Cappella Pontificia primär geistliche und liturgische Funktionen wahrnehmen, setzt sich die Päpstliche Familie aus Personen und Einrichtungen zusammen, die den Papst in der Wahrnehmung seiner Funktionen als Souverän des Vatikanstaates unterstützen. Bei dieser Trennung der Funktionen handelt es sich allerdings um eine eher formale Unterscheidung, da verschiedene geistliche Amtsträger sowohl geistliche wie Regierungsfunktionen wahrnehmen. Die geistlichen Mitglieder der „Familie“ gehören zudem auch der „Cappella“ an. Auch die Päpstliche Familie setzt sich aus Laien und Geistlichen zusammen. An ihrer Spitze steht der Substitut im Staatssekretariat. Auch in ihr wurde eine Reihe von Ämtern und Titeln abgeschafft, wie Magister des Heiligen Hospizes, Großfourier, Träger der Goldenen Rose, Generalsuperintendent der Post usw. Verschont blieben dagegen die geistlichen Ehrentitel, wenn sie auch auf die (außerhalb Roms gängigen) drei Kategorien beschränkt wurden: Apostolischer Protonotar, Ehrenprälat Sr. Heiligkeit und Kaplan Sr. Heiligkeit (bisher: Päpstlicher Geheimkämmerer). Ebenfalls nicht gebrochen wurde mit dem Ehrendienst. Sowohl die Palatingarde wie die Ehrengarde des Papstes (Nobelgarde) bleiben. Während die Zugehörigkeit zur Ehrengarde weiterhin adelige Abstammung voraussetzt, dienen in der Palatingarde Vertreter anderer sozialer Schichten. Die Ehrengarde leistet bei feierlichen Zeremonien Ehrendienste, die Palatingarde darüber hinaus Ordnungsdienste, auch bei kirchlichen Veranstaltungen. Der reguläre Ordnungsdienst wird hingegen wie bisher von der Schweizer Garde wie von der Päpstlichen Gendarmerie wahrgenommen. Die Frage der Kleidung der neuen geistlichen oder weltlichen Würdenträger sowie der Päpstlichen Gardien werde zur Zeit überprüft.

Neu geschaffen wurde durch ein eigenes päpstliches Dokument (vgl. „Osservatore Romano“, 30. 3. 68) die „Consulta für den Vatikanstaat“. Sie besteht aus 30 Persönlichkeiten, ausschließlich Laien, die dem obersten Verwaltungsrat, der Päpstlichen Kommission für den Staat der Vatikanstadt, zur Seite stehen soll. 24 der 30 Mitglieder müssen in Rom ansässig sein, sechs können auch außerhalb Italiens wohnen. Die Mitglieder der Consulta, die der Päpstlichen Familie angehören, werden auf fünf Jahre vom Papst ernannt und können in ihren Ämtern bestätigt werden. Den Vorsitz der Consulta führt ipso jure der Sonderdelegierte der Kommission für den Staat der Vatikanstadt, seit kurzem der neuernannte Marchese G. Sacchetti, Nachfolger von Graf E. P. Galeazzi. Die Consulta tritt in der Regel vierteljährlich oder auf Verlangen der Kommission für die Vatikanstadt zur Behandlung bedeutender Angelegenheiten zusammen. Eventuelle Entschlüsse müssen von der absoluten Mehrheit angenommen werden. Deutsches Mitglied der Consulta ist der Fürst zu Löwenstein.

Die Reform des Päpstlichen Hofes wurde bis jetzt von der Presse so gut wie kommentarlos zur Kenntnis genommen. Kritische Stellungnahmen liegen bis jetzt mit Ausnahme von „Le Monde“ (2. 4. 68) nicht vor. Der römische Korrespondent dieser Zeitung kritisierte die Halbherzigkeit der Maßnahmen: „Die Furcht vor dem Bruch überwog den Willen zur Anpassung.“ Ob man da eigentlich von Reform sprechen könne, wenn die Nobelgarde in „Ehregarde des Papstes“ und die „Kammerherren mit Mantel und Degen“ in „Gentiluomini seiner Heiligkeit“ umgewandelt würden? Hundert Jahre nach dem Schwinden der weltlichen Macht der Päpste sei „die weiterbestehende dekorative Symbolik noch erdrückend“.

Die Zweite Vollversammlung des holländischen Pastoralkonzils Wie die erste Vollversammlung des Pastoralkonzils der niederländischen Kirchenprovinz (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 63—64) fand

in der Karwoche auch die zweite Plenarsitzung, die von Sonntag, dem 7., bis Mittwoch, dem 10. April, dauerte, im Kolleg „Leeuwenhorst“ in Noordwijkerhout statt. Anwesend waren mit Kardinal Alfrink alle holländischen Bischöfe, die gewählten Vertreter aus allen Lebensbereichen der Kirche, Vertreter der kirchlichen Organisationen und Vereine, Vertreter nicht-katholischer Glaubensgemeinschaften, die Presseberichterstatter und schließlich Beobachter aus dem In- und Ausland. Alle großen Zeitungen in Holland berichteten jeden Tag ausführlich über die Ereignisse des Konzils, während das holländische Fernsehen jeden Abend dem Konzil eine Sondersendung widmete, so daß jeder Interessent alles genau verfolgen konnte.

Während der liturgischen Eröffnungsfeier am Sonntagabend wurde auf Wunsch des Kardinals des Todes von Pastor Martin Luther King gedacht. Der Kardinal forderte alle Anwesenden auf, sich darauf zu besinnen, „welche Bedeutung M. Luther King durch seine Worte und Taten für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen hatte“. In einem Telegramm an die Southern Baptist Church bezeichnete das Konzil Pastor King als „einen wahren Freund Christi, Ihrer Kirche, aller Christen und der ganzen Menschheit“.

Dann leitete der Kardinal die zwei Themen „Unser Missionsauftrag heute“ und „Die Entwicklungshilfe“ ein, die den Kern des Programms der Zweiten Vollver-

sammlung bildeten und die in zwei Rapports von der 14. und 15. Studienkommission vorbereitet worden waren. Ferner standen auf dem Programm die Schlußbehandlung des Entwurfs über die Autoritätsverhältnisse in der Kirche, eine Resolution zur Erneuerung des Ordenslebens, eine Resolution über Vietnam sowie eine Erklärung über die Kernwaffen.

Den ersten Verhandlungstag eröffnete Kardinal Alfrink mit drei Vorbemerkungen. Die erste betraf die praktische Durchführung der Resolutionen und Beschlüsse der ersten Plenarsitzung im Januar. Der Kardinal wies darauf hin, daß diese Resolutionen entweder bereits ausgeführt wurden oder ihre Durchführung doch ernsthaft vorbereitet werde. Dabei, so sagte der Kardinal, hätten die Bischöfe nicht das Gefühl, Amtsführende von anderer Leute Wünschen zu sein, denn die Resolutionen seien so formuliert worden, daß sie die Wünsche der ganzen Versammlung, also auch die der Bischöfe, enthielten.

Der zweite Hinweis betraf die Aktion „Pastoraal Contact“, eine Kollekte, die am Sonntag, dem 18. Februar, für das Pastoralkonzil gehalten worden war und die dank der Mitwirkung der Pfarreien, der Presse, des Rundfunks und Fernsehens mehr als 800 000 Gulden einbrachte. Damit können mehr als die Hälfte der Kosten des Pastoralkonzils gedeckt werden.

Der dritte Hinweis bezog sich auf die Umfrage, die unter den fast zehntausend Priestern Hollands über den Priester und das kirchliche Amt durchgeführt und von fast 80% beantwortet wurde.

Umstrittener Autoritätsentwurf

Nach den einleitenden Bemerkungen des Kardinals übernahm Prof. J. Snijders, Groningen, die Leitung der Versammlung.

Der Rapport „Autoritätsbegriff und Autoritätsausübung in der Kirche“ war während der ersten Plenarsitzung im Januar auf scharfe Kritik gestoßen. Der Entwurf, der damals mit 81 gegen 26 Stimmen zur Überarbeitung an die Studienkommission zurückverwiesen wurde, lag jetzt für eine Schlußbehandlung, wie es im Programm hieß, vor. Die große Überraschung war aber, daß der neu bearbeitete Rapport aufs neue scharf kritisiert und abgelehnt wurde und daß der Angriff besonders von der ökumenischen Kommission kam, in der Mitglieder nichtkatholischer Kirchen zahlreich vertreten sind. Prof. J. Groot, Vorsitzender dieser Kommission, nannte den Entwurf ein „farbloses Schriftstück“, in dem der eigene Auftrag kaum herausgestellt werde, das jede Interpretation möglich mache. Prof. Holk, Vertreter der Remonstranten-Bruderschaft, stimmte Prof. Groot bei, und auch der Vertreter der Niederländisch-Reformierten Kirche zeigte sich enttäuscht. Er meinte sogar, man könne mit Recht nach dem Unterschied zwischen den Statuten eines Fußballklubs und diesen Thesen fragen. Die Kritik war oft sehr scharf, und die Versammlung beschloß, den Entwurf nochmals an die Studienkommission zur weiteren Bearbeitung zurückzuverweisen. Besonders gefordert wurde eine christozentrischere und pneumatischere Darstellung der Kirche, während man die „veraltete römische Prudentia“ (Holk) lieber vergessen solle.

Prof. L. Janssen, der Vorsitzende der für den Entwurf zuständigen Kommission, leitete die Diskussion über die Entwicklungshilfe, der zu einem Teil auch B. J. Udink, der zuständige Ressortminister, beiwohnte. Janssen warnte vor allem vor einer voreiligen Gleichsetzung oder

Vermischung von Mission und Entwicklungshilfe. Unter den Rednern kamen auch Vertreter aus Entwicklungsländern zu Wort. Von diesen wurde besonders die Notwendigkeit der personellen und geistigen Entwicklungshilfe zur Ankurbelung sozialen und wirtschaftlichen Wachstums betont. Es wurde festgestellt, daß das Thema Entwicklungshilfe in Holland noch nicht genügend unter das Volk gekommen sei und nicht in seiner ganzen Bedeutung erkannt werde. Ein Beweis dafür sei die beim Konzil eingelaufene Petitionspost. Von zweitausend Briefen, die zu Konzilsthemen Stellung nehmen, sprächen nur achtzig beiläufig von ihr.

Entwicklungshilfe und Missionsarbeit

In einer Entschließung zu diesem Thema wurden folgende Forderungen formuliert: Fragen der Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik sollten stärker in das katholische wie in das allgemeine Unterrichtssystem aufgenommen werden; die dafür zuständigen Organisationen und Vereine wurden um ihre besondere Unterstützung gebeten; an diesem Unterricht sollten auch Vertreter aus Entwicklungsländern selbst beteiligt werden. Auch die Delegierten der nichtkatholischen Kirchen zeigten Interesse an einer engeren Zusammenarbeit in diesem Bereich. Die Bischöfe stellten in Aussicht, den nächsten Hirtenbrief dem Thema Entwicklungshilfe zu widmen. Gefordert wurde ein genaueres Studium der Sozialzyklika *Populorum progressio*. Demnächst soll auch eine nationale holländische Sektion der Päpstlichen Kommission „Iustitia et Pax“ gegründet werden. Auch die Frage, wieweit von seiten der Kirche und des Staates größere Kapitalien für die Entwicklungshilfe freigesetzt werden könnten, wurde erörtert. In der Diskussion wurde sowohl eine zusätzliche Entwicklungssteuer vorgeschlagen wie auch die stufenweise Reduzierung der Verteidigungskosten gefordert. Es kam darüber jedoch zu keinem Konsens.

Zwei weitere Fragen blieben offen, die Frage des Verhältnisses von Kirche und Revolution und die Frage, wieweit die Kirche in den Entwicklungsländern Programme der Geburtenbeschränkung unterstützen könne. Diese beiden Fragen sah man im vorgelegten Bericht zu wenig klar formuliert. Sie wurden deshalb zur weiteren Beratung an die zuständige Kommission verwiesen.

Th. M. Bours erläuterte der Vollversammlung den Bericht über die kirchliche Missionsarbeit. In diesem wurden die Grundlagen über die Notwendigkeit der Missionsarbeit sowie die möglichen Formen der Zusammenarbeit mit dem protestantischen Missionsrat und anderen nichtkatholischen ökumenischen Instanzen dargestellt. Der Bericht, der von der Vollversammlung einstimmig gebilligt wurde, enthielt als konkrete Forderung: die Errichtung eines eigenen Studiensekretariats für Missionsprobleme, die Schaffung eines Gesamtkoordinierungsplans für die Konzentration missionarischer Hilfsmittel und die Rekrutierung und Ausbildung des Missionspersonals, eine rationellere Abstimmung zwischen den Initiativen der Missionsgesellschaften auf nationaler Ebene, die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem katholischen und protestantischen Missionsrat, die Errichtung einer zentralen Beratungsstelle für das Missionspersonal.

Neben den Hauptthemen Entwicklungshilfe und Mission wurde mit 85 gegen 2 Stimmen eine Resolution angenommen, in der ein größerer Freiheitsraum für die Erneuerung der Orden und Kongregationen innerhalb der

niederländischen Kirchenprovinz gefordert wird. Viele holländische Provinzen internationaler Orden und Kongregationen könnten infolge der Bremswirkung der römischen Ordenszentralen mit der allgemeinen Entwicklung in den Niederlanden nicht Schritt halten. Es wurde auch darüber geklagt, daß sich die zuständigen Generaloberen vielfach zu wenig in die holländische Situation hineinendenken könnten, um von Rom aus angemessene Entscheidungen treffen zu können. Die holländischen Provinzoberen sollten deshalb erweiterte Befugnisse gegenüber ihren Ordensmitgliedern erhalten.

Die Kommission für Krieg und Frieden legte der Vollversammlung eine eigene Erklärung zum Vietnamkrieg vor. Sie war bemerkenswert konkret. Man verlangte die bedingungslose Beendigung der Bombenangriffe, die Anerkennung der nationalen Befreiungsfront als selbständiger Verhandlungspartner, die Aufnahme möglichst baldiger Verhandlungen mit dem Ziel eines Friedensvertrages. Eine eigene Aktion für den friedlichen Wiederaufbau Vietnams wurde angeregt. Die Erklärung fand in der Diskussion keine einhellige Zustimmung. Einzelne Sprecher gaben zu bedenken, ob man sich nicht auf dem Holzweg befinde, wenn man sich zum Schiedsrichter in einem Weltkonflikt erkläre und Lösungen vorschlage, deren Konsequenzen man nicht absehen könne. Sie wurde aber mit 71 Ja- bei nur 6 Neinstimmen und 10 Stimmenthaltungen angenommen. Neben der Vietnamerklärung wurde auch eine Resolution gegen die Verbreitung von Kernwaffen angenommen.

Die Vollversammlung konnte ihre Tagesordnung nicht zu Ende führen. Deswegen sollen während der kommenden Monate noch jeweils drei halbtägige Sitzungen einberufen werden. Auf diesen Nachsitzungen der Zweiten Vollversammlung sollen der Entwurf über die kirchliche Autorität und Detailfragen der Entwicklungshilfe und der Mission behandelt werden. Für Ende Oktober 1968 ist die Dritte Vollversammlung geplant. Auf ihrem Programm stehen die Liturgiereform, die Probleme religiöser Praxis, die Glaubenskrise.

Bedauert wurde, daß zwei Anträge zum neuen Holländischen Erwachsenenkatechismus nicht mehr zur Diskussion und Abstimmung zugelassen wurden. Der erste Antrag enthielt die Bitte an die Bischöfe, nochmals zu erklären, daß der Katechismus ein sicherer theologisch-religiöser Leitfadensei. Diese Versicherung wurde zwar seinerzeit bereits im Vorwort zum Katechismus gegeben, sollte aber angesichts der immer noch andauernden Polemiken nochmals wiederholt werden. In einem zweiten Antrag wollte man die Bitte an die ausländischen Kirchen richten, den Katechismus positiv aufzunehmen.

Englische Priester-vereinigung gegen „Neo-Modernismus“ Elf Welt- und Ordensgeistliche aus den Diözesen Arundel-Brighton, Westminster, Northampton und Southwark haben

eine Vereinigung gegründet, deren Ziel es ist, „den Neo-Modernismus, der am Lebensnerv der Kirche nagt und den Glauben des Volkes in unserem Land zerstört, zu bekämpfen und zu widerlegen“. So heißt es einleitend in dem vom 26. Februar 1968 datierten Rundschreiben, mit dem die Gründungsmitglieder die katholischen Priester Großbritanniens für ihre Ziele zu gewinnen suchen. Die Gruppe will nach eigenen Aussagen „nicht einfach eine pressure group formieren. Vielmehr wünschen wir, mit der Gnade Gottes und im Einklang mit dem rechten

Glauben eine positive und schöpferische Antwort auf die gegenwärtige Situation zu geben. Zu diesem Zweck verpflichten wir uns zu besonderer Treue gegenüber dem Heiligen Vater und unseren jeweiligen Bischöfen und orientieren uns an der authentischen Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils.“ Wie ferner aus einem Leserbrief des Sekretärs der Vereinigung, John Flanagan, an den „Catholic Herald“ (15. 3. 68) hervorgeht, sollen die Ziele der Gruppe vor allem durch die Veröffentlichung der päpstlichen Verlautbarungen gefördert werden. „In den letzten Jahren ist die Treue und Verehrung [gegenüber dem Papst] durch Unkenntnis der päpstlichen Lehren auf dem pastoralen Sektor vielfach getrübt worden“, schreibt Flanagan. „Gehorsam und Treue gegenüber dem Paps — nicht als einem kühlen, entfernten und nominellen Oberhaupt, sondern als dem wahren, universellen und unmittlerbaren Hirten von Klerus und Volk — will die Organisation als ihre Ziele fördern. Die Kenntnis der wöchentlichen päpstlichen Äußerungen, die selten, wenn überhaupt jemals, in die katholische Presse eindringen, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den wahren Gehorsam gegenüber dem Papst.“

Wenn auch das Sekretariat der neuen Priestervereinigung von zahlreichen Zugängen berichtet (vgl. KNA, 13. 3. 68), so ist der Widerhall auf die in dem Rundschreiben veröffentlichten Zielsetzungen doch überwiegend negativ, vor allem von seiten des Klerus selbst. So äußerte der Bischof D. J. Cashman von Brighton, der bisher durchaus nicht als „Neuerer“ hervorgetreten ist, daß er „keinen Anlaß für die Gründung einer solchen Organisation“ sehe. Die Leiter der Gruppe seien hervorragende Menschen, „aber ich habe auch genug Vertrauen in meine anderen Priester, daß sie den rechten katholischen Glauben predigen und aufrecht halten werden“ (vgl. NC News Service, 12. 3. 68). Zwar ist die neugegründete Gruppe um Ausgleich bemüht, sofern sie sich „weder einem rechten noch einem linken Flügel, noch einer Mittelgruppe“ verpflichtet wissen will und auch niemanden angreifen, „sondern nur die Verteidigung der Orthodoxie mit Hilfe beständigen Appells an die offizielle Lehre, wie sie in den päpstlichen Stellungnahmen und im ordentlichen Lehramt der Kirche enthalten ist“, möchte. „Catholic Herald“ (15. 3. 68) betont jedoch in einem Kommentar zu dieser Neugründung, daß „die Unternehmungen der Mitglieder (dieser Vereinigung) in der Vergangenheit — einschließlich einer unbewiesenen Häresieklage gegen einen Seminarprofessor durch zwei von ihnen — diese ebenso weit nach rechts verlegen, wie *Slant* (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 15) links steht“.

Im gleichen Kommentar wird festgestellt, auf zahlreichen Gebieten des katholischen Lebens in England seien „wirkliche Fortschritte nicht mehr zu leugnen, man komme im kirchlichen Leben voran, nicht nur in der Liturgiereform; auch religiöse und theologische Themen trafen auf wachsendes Interesse und die Katholiken würden sich mehr und mehr ihrer sozialen Verantwortung als Christen bewußt. Gerade weil eine positive Bewegung zu konstatieren sei, müsse Schluß gemacht werden mit allen Formen des Lobbyismus, aus welcher Richtung solche auch immer agierten. Das bedeute nicht, daß man den autoritären römischen Zentralismus zurückwünsche, vielmehr sei deutlich, „daß zum erstenmal in Jahrhunderten die Katholiken heute die Möglichkeit haben, sich mit Hilfe der normalen kirchlichen Kanäle Gehör zu verschaffen.“ Es bedürfe deshalb keiner pressure groups mehr.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, daß gerade in England seit April dieses Jahres eine wöchentliche englischsprachige Ausgabe des „Osservatore Romano“ erscheint und daß ferner das Catholic Information Centre in Liverpool eine Association of St. Peter begründet hat, deren Mitglieder im Abstand von zwei Wochen die Übersetzungen der päpstlichen Verlautbarungen erhalten. Dieses Informationsbüro ist überzeugt, daß in der katholischen Öffentlichkeit starkes Interesse für die Aussagen des Papstes besteht, und will durch diese Übersetzungen „die Treue zum Heiligen Stuhl nähren“ (vgl. NC News Service, 12. 3. 68).

Die Initiative der neuen Organisation gegen den „Neo-Modernismus“, deren Wirkungen allerdings eng begrenzt bleiben dürften, kann als eine Reaktion auf die innerkirchlichen Vorgänge und Auseinandersetzungen in England verstanden werden, für die die Affäre um Charles Davis (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 64 ff.) und die ihr folgenden Auseinandersetzungen um die Zeitschrift „New Blackfriars“ (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 160 ff.) wohl ein bezeichnendes Symptom waren.

Die Vorgänge in der ČSSR und die katholische Kirche

Die gegenwärtigen politischen Veränderungen in der ČSSR sind nicht ohne Wirkung auf die Kirche und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft geblieben.

Noch im August 1967 hatte ein vom ZK der KP der ČSSR an alle Parteiorganisationen versandtes Geheimdokument angesichts gewisser Anzeichen eines neuerwachenden religiösen Interesses nicht zuletzt unter der Jugend eine Intensivierung der ideologischen und pädagogischen Arbeit gefordert, die grundsätzlich von allen Mitgliedern und Funktionären der Partei, der Ortskomitees, der gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftsmanager und Intellektuellen geleistet werden müsse, und zwar vor allem unter der Jugend. Es forderte stärkere staatliche Kontrollmaßnahmen über die Tätigkeit der Kirchen, über die Einhaltung der die Beziehungen zwischen Kirche und Staat regelnden Gesetze sowie die Unterdrückung jeglicher neuen Formen religiösen Lebens. Bei der Verwirklichung dieser Forderungen sei mit Behutsamkeit und unter Berücksichtigung der konkreten lokalen Gegebenheiten vorzugehen. Als „Mißerfolg“ bezeichnete die genannte Direktive das erfolgreiche Bemühen der Kirche um eine stärkere Teilnahme der Gläubigen, vor allem der Jugend, an Gottesdiensten und um einen personaleren Vollzug der religiösen Pflichten. Diese „Agitation“, die von Priestern, vor allem aber von katholischen Laien durchgeführt werde, richte sich nach den Verfassern des Dokuments auf die Familien von Kommunisten, auf Funktionäre der Ortskomitees, auf Betriebsdirektoren, Ärzte u. a., um sie für sich zu gewinnen und über sie auf andere gesellschaftliche Gruppen einzuwirken.

Diese im Dokument geforderte Intensivierung antikirchlicher Maßnahmen dürfte durch die inzwischen eingetretene „innersozialistische“ Umorientierung des gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, in die auch das Verhältnis von Kirche und Staat einbezogen wurde, wohl einiges an Aktualität verloren haben. Erste Zeichen dieses Umschwungs waren die Kritiken und Forderungen, die seit der Erklärung Karel Hruzas über die Rehabilitierung der zu Unrecht verurteilten Priester (vgl. Herder-

Korrespondenz ds. Jhg., S. 196) öffentlich geäußert wurden.

Eine der bisher wichtigsten Initiativen stellt die Mitte März in allen Kirchen aufgelegte und von über 22 000 Katholiken, darunter Bischöfen und Priestern, unterzeichnete Petition an den Ersten Parteisekretär, A. Dubček dar (die deutsche Übersetzung erschien in Kathpress vom 26. 3. 68). Das Dokument verlangt: offene Verhandlungen mit dem Vatikan über die Besetzung der vakanten Bischofsstühle, Auflösung der staatlichen Kirchensekretariate und ihrer Kontrollfunktion über die Ortskirchen, Amnestie aller inhaftierten und Rehabilitierung aller zu Unrecht verurteilten Priester, Wiederaufnahme der normalen Seelsorgetätigkeit durch sie, Abschaffung des Numerus clausus der Priesterseminare, Wiederzulassung der religiösen Männer- und Frauenorden, Freiheit der religiösen Erziehung, Ausdehnung der Rede-, Publikations- und Versammlungsfreiheit auf die Katholiken, Rückkehr Kardinal J. Berans nach Prag.

Heftige Kritik übte die Petition an der Friedensbewegung der katholischen Geistlichkeit, der Organisation der „Friedenspriester“, die sie als „eines der größten Hindernisse auf dem Wege zur Normalisierung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat“ bezeichnete, da sie sich das Recht angemaßt habe, die Kirche gegenüber Staat und Öffentlichkeit ohne sittliche und rechtliche Grundlage zu repräsentieren. Sie genieße weder bei Priestern noch bei den Laien Vertrauen und sei heute ein „unerträglicher und unbegreiflicher Anachronismus“. Wenn diese Bewegung durch öffentliche Stellen keine „moralische und faktische Unterstützung“ mehr erhalte, werde man leichter und schneller zu einer gemeinsamen Verständigung kommen.

Umbesetzungen und erste Erleichterungen

Ähnlich kritisierten die Studenten der katholischen Fakultät in Leitmeritz in einer am 19. März veröffentlichten Entschließung die Zwangsmitgliedschaft und die undemokratischen Prinzipien der Friedensbewegung. In einer eigenen Entschließung forderten die Theologiestudenten des Preßburger Priesterseminars öffentlich auch die Wiederzulassung der aufgelösten griechisch-katholischen Kirche („Katolicki Noviny“, 31. 3. 68), die zur Zeit der kommunistischen Machtübernahme mit rund 300 000 Gläubigen, ähnlich wie in Rumänien (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 109 f.), in die russisch-orthodoxe Kirche zwangseingegliedert wurde. Die sich gegen den Übertritt verwahrenden Geistlichen wurden eingekerkert, in Altersheime versetzt oder in den „Produktionsprozeß eingeschaltet“. Die sich ebenfalls ablehnend verhaltende Mehrheit der Gläubigen schloß sich dem römisch-katholischen Ritus an. Die Studenten verlangten weiter eine Reform des Theologiestudiums gemäß den Richtlinien des Zweiten Vatikanums, die Gleichstellung der Theologischen Fakultät mit den anderen Fakultäten, die Zulassung von Theologiestudenten nach den Bedürfnissen der Diözesen und den Empfehlungen der Bischöfe, die Abberufung des von der Regierung eingesetzten Sekretärs der Preßburger Theologischen Fakultät (der inzwischen zurückgetreten ist).

Ein erster Erfolg dieser Kritik war die Abwahl J. Plojars, des Vorsitzenden, und J. Beneš, des Generalsekretärs der Friedenspriesterbewegung auf einer außerordentlichen Sitzung am 21. März 1968.

Die provisorische Leitung übernahm der apostolische Administrator von Prag, F. Tomašek. Am 31. März wurde Plojhar — wie mit ihm das gesamte Präsidium des ZK der Volkspartei — auf einer eigens einberufenen Vollversammlung auch als Vorsitzender abgewählt. Zu seinem Nachfolger ernannte man den bisherigen Stellvertreter und früheren Minister für Energie- und Wasserwirtschaft, Antonin Pospisil. Der Kritik an den staatlichen Kirchensekretären fiel auch der Leiter des staatlichen Kirchenamtes, Karel Hruza, zum Opfer. Er stellte — „auf eigenen Wunsch“, wie es heißt — sein Amt zur Verfügung. An seine Stelle trat am 26. März die über die Tschechoslowakei hinaus bekannte Leiterin der religionssoziologischen Abteilung am Soziologischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Frau Erika Kadlecova. Seit 1951 hatte sie den Lehrstuhl für dialektischen und historischen Materialismus an der Parteihochschule der KP der ČSSR inne. In ihren Händen lag auch die Vorbereitung der internationalen Tagung der Paulusgesellschaft in Marienbad (vgl. Herder-Korrespondenz, 21. Jhg., S. 276 ff.). Auf dieser wie auf früheren Tagungen war Frau E. Kadlecova bereits durch ihr Eintreten für freie Religionsausübung wie für einen offenen Dialog zwischen Marxismus und Christentum bekannt geworden (vgl. dazu auch das KNA-Gespräch mit dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Gesellschaft, E. Kellner, vom 29. 3. 68). Erika Kadlecova gehört auch zum Herausgebergremium der „Internationalen DIALOG Zeitschrift“, in deren erster Nummer (1968, S. 101 ff.) sie über die Marienbader Gespräche berichtet und vor einer „Überschätzung der Dialogmöglichkeit“ und der sich daraus ergebenden Ungeduld warnt.

In einem Interview, das am 28. März 1968 in der holländischen Zeitung „De Volkskrant“ veröffentlicht wurde, berichtet Bischof Tomašek, daß er aufgrund von Gesprächen mit Regierungs- und Parteifunktionären keinen Augenblick an der Rehabilitierung Kardinal J. Berans zweifle; daß er aus diesem Grund auch von der baldigen Wiederbesetzung der verwaisten Bischofssitze überzeugt sei. In Verhandlungen mit der neuen Leiterin des staatlichen Kirchenamtes konnte F. Tomašek einen ersten Erfolg erzielen: auf einer außerordentlichen Sitzung mußte am 24. März 1968 das gesamte Präsidium der tschechoslowakischen Caritas einschließlich des Prager Dompopes, A. Stehlik, zurücktreten, der nach der Verhaftung von Erzbischof Beran bis zur Berufung von Bischof Tomašek (1963) als Kapitelsvikar das Erzbistum Prag verwaltete und der neben Oliva und Beneš einer der kompromittiertesten Vertreter der aufgelösten Friedenspriesterbewegung ist. Tomašek ernannte K. Sebora zum vorläufigen Bevollmächtigten der Organisation. Dergleichen werden auch eine größere Anzahl vom Staat eingesetzter Caritas-Angestellter ihren Abschied nehmen. Die tschechoslowakische Caritas hatte vom Staat u. a. die ausschließliche Zuständigkeit für das kirchliche, von Friedenspriestern kontrollierte Verlagswesen erhalten und war für die Herstellung kirchlicher Kultgegenstände verantwortlich. In ihrer caritativen Tätigkeit mußte sie sich auf Priester und Ordensschwester beschränken. Mit der jetzigen Auflösung des Präsidiums geht die Tätigkeit und Leitung nach zwanzigjähriger Zweckentfremdung wieder in die Hände authentischer kirchlicher Stellen über. Bekannt wurde ebenfalls die von den Behörden verfügte Wiedezulassung zweier katholischer Frauenorden, der Vinzentinerinnen der slowakischen Ordensprovinz wie

der Borromäerinnen in Böhmen und Mähren. Die religiösen Orden waren 1950 auf administrativem Wege aufgelöst worden. Mit dieser Neuzulassung ist ein Anfang in der Erfüllung der in den Petitionen erhobenen Forderungen gemacht. Als weiteres Anzeichen einer Auflockerung kann man die offizielle Übernahme einer Pfarrei des griechisch-katholischen Ritus in der Ostslowakei durch einen Priester des gleichen Ritus bewerten. Auch der offizielle Glückwunsch, den die drei katholischen Bischöfe Lazik (Rosenau), Necsey (Neutra) und Tomašek (Prag) General Svoboda anläßlich seiner Wahl zum Staatspräsidenten überbrachten, weist auf eine Klimaverbesserung hin.

Die Auflösung der Friedenspriesterbewegung

Am 21. März beschloß — nach einer Meldung von Radio Prag vom 22. März sowie des Organs der Volkspartei „Lidová Demokracie“ vom gleichen Tag — das Präsidium der Friedensbewegung die Auflösung der Organisation in ihrer bisherigen Form und gab ihr den neuen Namen „Bewegung für nachkonziliare Erneuerung“. Ein „provisorischer Initiativausschuß“ tschechischer und slowakischer Geistlicher wurde zur Ausarbeitung eines neuen Aktionsprogramms eingesetzt, das auf einem späteren außerordentlichen Nationalkongreß verabschiedet werden soll. Durch diesen sollen dann auch die leitenden Posten durch neue — gewählte — Männer besetzt werden. Über die zukünftige Form und Zielsetzung der Organisation bestehen z. Z. noch keine klaren Vorstellungen. Lediglich erwogen wurde ein korporativer Anschluß der bisherigen Mitglieder an die Internationale Pax-Christi-Bewegung. In zwei Telegrammen unterrichtete das Präsidium Papst Paul VI. sowie den Ersten Parteisekretär, A. Dubček, von den Beschlüssen der Konferenz und von der Auflösung der Bewegung.

Die 1951 gegründete Friedensbewegung stand bisher unter dem Vorsitz von J. Plojhar, der wegen politischer Tätigkeit und Gehorsamsverweigerung 1948 von Erzbischof Beran von seinen priesterlichen Funktionen suspendiert und vom Vatikan exkommuniziert wurde. Die Friedensbewegung war die einzige von der Regierung genehmigte Organisation katholischer Geistlicher, der jedoch nicht alle Priester angehörten. Viele faßten ihre Mitgliedschaft aufgrund der antikirchlichen Einstellung der Spitzenfunktionäre der Organisation rein formell auf, viele sahen sie als einziges Mittel, mit ihren Mitbrüdern in Kontakt zu bleiben, viele waren der Überzeugung, daß sie nur so den ihnen noch möglichen Dienst an Kirche und Volk leisten könnten, auch wenn sie oft zu Kompromissen und zum Taktieren gezwungen waren.

Obwohl man sich also hüten wird, alle oder auch nur die Mehrheit der Priester, die freiwillig oder unter Zwang Mitglieder der Friedensbewegung wurden, der Mitläuferschaft oder des ideologischen Paktierens mit dem Regime auf Kosten ihrer kirchlichen Funktionen zu verdächtigen, so hatte sich doch die Bewegung als solche durch das wenig rühmliche Verhalten ihrer Spitzenfunktionäre, die sich mehr als einmal durch Übereifer und Willfährigkeit gegenüber dem Regime hervortaten, sowohl vor den eigenen Gläubigen wie gegenüber dem Vatikan restlos kompromittiert. Dennoch oder gerade deswegen ließ das bisherige Regime die Bewegung keineswegs fallen. Offenbar ließ man sich dabei von der wohl nicht unberechtigten Hoffnung leiten, die bereits in ihren Grundstrukturen

angeschlagene katholische Kirche des Landes dadurch weiter zu schwächen, daß man die Spitzenfunktionäre in den leitenden kirchlichen Stellungen zu halten und damit zugleich die Handlungsfreiheit der nicht regimehörigen kirchlichen Amtsträger weiter einzuschränken versuchte. Das zeigte sich schon darin, daß man während der seit 1963 sporadisch geführten Verhandlungen, die sich bis zu ihrem Abbruch im Herbst vergangenen Jahres auf die Frage der Besetzung der Bischofsstühle bezogen, von seiten des Regimes keinerlei Nachgiebigkeit gegenüber dem Vatikan erkennen ließ und diesem gerade solche Bischofskandidaten zumutete, wie etwa den Kapitelsvikar von Leitmeritz, J. Oliva, die sich politisch und persönlich am meisten kompromittiert hatten (vgl. *Observer*, Casaroli in Prag, „Wort und Wahrheit“, Januar/Februar 1968, S. 62).

Der Weg zu Verhandlungen frei?

Mit der Auflösung bzw. Umgestaltung der Bewegung und der Entlassung ihrer bisherigen Führer scheint wenigstens ein gewichtiges Hindernis für mögliche künftige Abmachungen zwischen Regierung und Episkopat beseitigt. Auch scheint damit der Weg frei zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Prager Regierung und dem Vatikan. Von vatikanischer Seite hat man sich bisher in der Kommentierung der Prager Ereignisse auffallend zurückgehalten. Die beiden vatikanischen Zeitungen, der „*Osservatore Romano*“ und der „*Osservatore della Domenica*“, berichteten kaum Einzelheiten und beschränkten sich in der Prognose auf die Formulierung vager Hoffnungen. Doch lassen die Ereignisse der letzten Wochen bei aller vorerst noch ratsamen Zurückhaltung für die nahe Zukunft wohl eine gewisse Normalisierung des Verhältnisses von Staat und katholischer Kirche oder mindestens einen annehmbaren *modus vivendi* erhoffen. Die Rehabilitierung der vom bisherigen Regime verfolgten bzw. von ihrem kirchlichen Dienst ausgeschlossenen Bischöfe und Priester, die Neubesetzung der bisher verwaisten bzw. nur provisorisch durch Administratoren oder Kapitelsvikare verwalteten Diözesen und die Wiedereinbeziehung der sog. „Arbeiterpriester“ in den regulären Seelsorgsdienst der Kirche erscheinen als die dringlichsten Schritte. Über den erstgenannten Punkt, Rückkehr der amtsbehinderten Bischöfe, z. Z. der drei Bischöfe Karel Skoupy, Brünn, Stefan Trochta, Leitmeritz, und Josef Hlouch, Budweis, werden gegenwärtig, wie aus einem Interview der „*Zeit*“ (12. 4. 68) mit Bischof F. Tomašek hervorgeht, Verhandlungen mit der neuen Leiterin des staatlichen Kirchenamtes, E. Kadlecova, geführt. Sie sollen der Vorbereitung für spätere Verhandlungen mit dem Vatikan dienen. Tomašek äußerte hierzu einen „gedämpften Optimismus“, da das Regime nun die Zusammenarbeit mit der Kirche als notwendig erkannt habe. Allerdings müsse man, da die Ideologie des Marxismus-Leninismus bleibe, auch weiter mit ideologischen Gegensätzen rechnen, die jedoch „mit fairen Mitteln ausdiskutieren und auszutragen“ seien. Auch E. Kadlecova deutete in einem Interview mit „*Lidová Demokracie*“ (7. 4. 68) eine Verständigung mit der katholischen Kirche an, wenn diese sowie ihre Gläubigen bereit seien, an den gemeinsamen Aufgaben innerhalb der vorgegebenen Staatsordnung mitzuarbeiten. Die Tatsache, daß z. B. der Brief von 83 ehemals verfolgten Katholiken (darunter einzelne Bischöfe und Geistliche) an

Parteisekretär Dubček, in der die volle Rehabilitierung aller unter dem Novotný-Regime verfolgten Geistlichen und Laien gefordert wurde, im neugestalteten Organ des Tschechischen Schriftstellerverbandes „*Literární Listy*“ (21. 3. 68) im vollen Wortlaut abgedruckt wurde, kann wohl als Hinweis gewertet werden, daß die Bereitschaft, Toleranz gegenüber den Gläubigen zu üben, auch erklärtes Ziel einer breiteren Schicht von Intellektuellen ist, die selbst marxistisch orientiert oder jedenfalls nicht kirchlich gebunden sind. Ein „Dialog“ der Toleranz hatte allerdings in kleinsten Kreisen bereits während der letzten Jahre z. B. am Institut des bereits erwähnten Prager marxistischen Philosophen M. Machovec, einer der bekanntesten Figuren im Gespräch zwischen Christen und Marxisten, eingesetzt. Für katholische Intellektuelle waren dies bisher die einzigen Gesprächskreise, in denen sie als weltanschauliche Gesprächspartner akzeptiert waren und wo sie zugleich unter sich eine Möglichkeit der Begegnung hatten.

Sollten die gegenwärtigen Liberalisierungstendenzen innerhalb des kommunistischen Systems der Tschechoslowakei der katholischen Kirche nicht nur einzelne Erleichterungen bringen, sondern genügend Raum für die notwendige institutionelle Festigung gewähren, so steht die Kirche dennoch nicht nur vor dem Problem der Heilung jener Wunden, die ihr eine zwanzigjährige Unterdrückung geschlagen hat, sondern vor dem noch größeren Problem der geistigen Regeneration von Klerus und Kirchenvolk. Unter dem bisherigen Regime war nicht nur ihre Freiheit begrenzt, sie wurde durch äußeren Zwang und die Unmöglichkeit der Weiterentwicklung zeitgemäßer Formen kirchlichen Lebens auf dem Entwicklungsstand der Zwischenkriegszeit zurückgehalten.

Peruanische Geistliche über wirtschaftliche und soziale Probleme

Nach der Botschaft von Bischöfen der Dritten Welt und dem Anklagebrief brasilianischer Geistlicher (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 511 und ds. Jhg., S. 10) haben jetzt auch fünfzig peruanische Priester ein sozialkritisches Schreiben veröffentlicht, in dem vor allem die Regierung und die führenden Gesellschaftsschichten als verantwortlich für die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände angeklagt werden. Datiert vom 9. März 1968, wurde es am 21. März der Öffentlichkeit übergeben. Die Erklärung peruanischer Priester wurde in vielen Zeitungen und Zeitschriften des Landes abgedruckt. Die lateinamerikanische katholische Nachrichtenagentur *Noticias Aliadas* (mit Sitz in Lima) verbreitete den Text im vollen Wortlaut „als einen Beitrag zum Verständnis des nachkonziliaren Klerus in Peru und dessen Engagement für die Errichtung einer gerechteren und brüderlichen Gesellschaft“ (23. 3. 68).

Die Autoren bezeichnen sich als frei von jeder „Bindung an gewerkschaftliche, politische oder wirtschaftliche Institutionen“. Sie wollen als Antwort auf *Populorum progressio* ein Schweigen brechen, das ihnen unerträglich erscheint „angesichts der Ungerechtigkeiten, der Unterdrückung, der Rückständigkeit und der Unmoral“, die das öffentliche Leben Perus beherrschten.

Die Verfasser machen ihre Leser mit den wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Daten des Landes bekannt. Peru sei auf internationaler Ebene „eine proletarische Nation“. Zum Beweis dafür wird das Pro-Kopf-

Einkommen angeführt: Während der Peruaner jährlich im Durchschnitt über 11 200 Soles verfüge, liege der Welt-durchschnitt bereits bei 24 000 Soles, in den entwickelten Ländern bei durchschnittlich 48 000, in den USA bei 112 000 Soles, also zehnmal so hoch wie in Peru. Dieser Abstand verbreiterte sich zusehends. Noch gravierender sei die Situation für die Mehrheit des peruanischen Volkes, da innerhalb des Landes wiederum erhebliche Einkommensunterschiede wirksam würden. Das Dokument beziffert das Nationaleinkommen für 1965 auf 135 Milliarden Soles. Davon beanspruchten allein 24 000 Personen den Anteil von 60 Milliarden, die restlichen 11 976 000 Peruaner müßten sich die verbleibenden 75 Milliarden teilen. „24 000 Privilegierte genießen ein Einkommen von zweieinhalb Millionen Soles im Jahr, während 11 976 000 Entrechtete mit 6310 Soles, einem Einkommen, das 396mal geringer ist als das der wenigen Privilegierten, kaum überleben können.“ Diese Tatsachen führten zu schmerzlichen Verletzungen der Menschenwürde: „Millionen eingeborener Landarbeiter, alle Kinder Gottes, quälen sich mit Löhnen in Form von Alkohol und Kokablättern, die keine fünf Soles täglich ausmachen.“

Die ökonomischen Wurzeln des Übels

Als das Hauptübel bezeichnen die Priester die ungerechte Verteilung des Grundbesitzes und des Kapitals, die mangelhaften juristisch-institutionellen Strukturen und „nicht weniger die unzureichende Wissensbildung über die eigentliche persönliche und soziale Verantwortung“. Als Beispiel dient die Agrarstruktur: 1026 Großgrundbesitzer, das sind nur 0,1% der Landeigentümer, verfügen über 11 653 958 Hektar, das sind 60,9% des gesamten genutzten Landes. Das sind im Durchschnitt 10 382 Hektar pro Person. Hingegen bearbeiten 688 427 Kleinrentner, das sind 83% aller landwirtschaftlichen Eigentümer, nur 5,8% des nutzbaren Bodens, im Durchschnitt 1,5 Hektar. Zwischen diesen Extremen liegen noch zwei weitere Gruppen. Die eine, mit 0,6% Anteil an der grundbesitzenden Schicht, verfügt über 19,9% des Bodens, die andere, mit 15,7% der Bodeninhaber, über 13,4% der verfügbaren Ländereien.

Dieses Gefälle sei eine wichtige Ursache für die insgesamt niedrige Produktion auf dem land- und viehwirtschaftlichen Sektor. Die Wirtschaftsoligarchie treibe eine Politik, die auf die Verewigung dieser Zustände abziele und die „gerechten Hoffnungen des Landarbeiters“ enttäusche und „in ihm die Neigung zu berechtigter Auflehnung“ hervorrufe.

Ein weiterer Anklagepunkt ist das Besteuerungssystem: „wer weniger hat, bezahlt in Peru mehr“. Gerade die Verbrauchsgüter würden durch indirekte Steuerlasten betroffen. Im Jahre 1960 hätten diese 61,7% des Steuereinkommens betragen, 1966 bereits 79%. „Die Armen unterhalten den Staatshaushalt, während die Reichen ihren Pflichten ausweichen.“

Wie in den meisten Dokumenten aus Entwicklungsländern wird der „internationale Kapitalismus“ für die Wirtschaftsmisere des Landes mitverantwortlich gemacht. Dieser sei der Hauptnutznießer der Arbeit des Volkes und der Reichtümer des Landes. Unter Bedingungen, die das „Interesse und die Würde der Nation verletzen“, gingen „im Namen falschverstandener Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital“ große Summen an die „imperialistischen Konzerne“. Der peruanische Bergbau

sei ein bezeichnendes Beispiel dafür. Diese Entwicklung hemme die Industrialisierung des eigenen Landes und behindere die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Als ein „unglaubliches Paradox“ bezeichnen es die Priester, daß Peru als die wichtigste Fischereination der Welt die zureichende Ernährung der Bevölkerung nicht gewährleisten könne (das Fangergebnis lag 1964 bei 6,9 Millionen Tonnen; vgl. Ibero-Amerika, Ein Handbuch, Übersee-Verlag, Hamburg 1966, S. 344). Die Autoren machen die Regierung dafür verantwortlich, weil sie gegenüber den „Spekulanten und unnötigen Zwischenhändlern“ die Ernährungsbasis des Volkes nicht hinreichend schütze. Es bedürfe deshalb dringend neuer Gesetze zum Schutz der nationalen Seerechte. Ein weiterer kritischer Punkt innerhalb der „unbeschränkten liberalen Politik“ sei die Tatsache, daß in- und ausländische Kapitaleigner ihre Renditen im Ausland anlegten und dadurch den Ausgleich der Handelsbilanz und die Preisstabilität gefährdeten. Weitere Anklagen richteten sich gegen Schmuggel und Verfall der öffentlichen Moral. Steuerhinterziehung und Veruntreuung öffentlicher Gelder seien bezeichnende Symptome für die „fehlende Ehrlichkeit in unserer führenden Schicht“.

Weitere Forderungen stellen die Autoren der Schrift an das Bildungssystem: Mehr als vier Millionen Peruaner müßten erst alphabetisiert werden, die berufliche Ausbildung sei zu verbessern, das Unterrichtswesen müsse demokratischer gestaltet werden. Die katholischen Schulen und Universitäten könnten, wenn sie sich nicht auf die „Geldaristokratie“ beschränkten, einen wichtigen Beitrag zur nationalen Entwicklung leisten. „Es ist eine Tatsache, daß ein großer Teil der Verantwortlichen des nationalen Lebens in katholischen Institutionen erzogen wurde. Wir müßten uns fragen, ob unsere religiöse Erziehung wirklich einen Geist des Dienens schafft.“

Den Kommunikationsmitteln wird vorgeworfen, sie verherrlichten Verbrechen und Pornographie, wirkten einseitig als Mittel der Meinungsbildung zugunsten der Mächtigen, leisteten aber nur wenig für die Bildung des Volkes. Zu arbeitsrechtlichen Problemen heißt es, die Arbeitgeber könnten noch immer die Schutzgesetze straflos mißachten, sie unterdrückten gewerkschaftliche Funktionen und machten jegliche Form von Mitbestimmung an den Unternehmen unmöglich. Wenn der „verarmte Arbeiter seinen Protest hinausschreit“, dann werde er brutal unterdrückt, statt daß man ihn verteidige.

Die „zweite Unabhängigkeit“ steht noch aus

Diese Beispiele, die für zahlreiche weitere Tatsachen stünden, zeigten, daß sich auch in Peru ein System entwickelt habe, das „den Profit als den hauptsächlichsten Motor des wirtschaftlichen Fortschritts betrachtet, den freien Wettbewerb als das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Privateigentum an den Produktionsmitteln als ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber“ (*Populorum progressio*, Abschnitt 26). Diese kapitalistische Mentalität dringe auch in die politische Verfassung, ins Rechtswesen und in die übrigen Institutionen ein und bilde das Haupthindernis für die Entwicklung des Landes, die „ohne eine revolutionäre Transformation aller Institutionen“ nicht verwirklicht werden könne.

Unter Hinweis auf Jak. 2, 1—4 bekennen sich die Priester selbst schuldig, vielfach das „Ansehen der Person“ voran-

gestellt zu haben, wenn sie in ihren pastoralen und erzieherischen Aufgaben mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten konfrontiert wurden. An ihre Bischöfe richteten sie die Bitte, den Gläubigen nach der Weisung des Bischofsdekrets (Abschnitt 12, Absatz 3), „die Grundsätze dar-(zu)legen, nach denen die überaus schwierigen Fragen über Besitz, Vermehrung und rechte Verteilung der materiellen Güter . . . zu lösen sind“. Die Geistlichkeit wird zu „ernsthafter Reflexion über die Probleme Perus aufgefordert“. Sie sollten teilhaben an der Armut des Volkes und dessen Interessen gegen die Ausbeutung verteidigen. „Nehmen wir unsere Verpflichtung sehr ernst, den Gläubigen ohne Ausflüchte einzuschärfen, daß man die Kommunion nicht empfangen darf und daß man kein wirklich christliches Leben führt, wenn man ungerechte Löhne bezahlt, die Steuern hinterzieht, die Eingeborenen versklavt, die Bediensteten unmenschlich behandelt . . .“

Das Dokument schließt mit dem Votum: „Wir verstehen diesen Aufruf als eine Generalmobilmachung der Gewissen, damit wir uns dem Kampf gegen die ausbeuterische Unterdrückung stellen, da wir uns in einem wirklichen Kriegszustand gegen das Elend sehen. Es dreht sich um eine wirkliche zweite Unabhängigkeit Perus, die die Kinder Gottes von aller Knechtschaft emanzipiert. Diese Unabhängigkeit muß ohne jeglichen Konfessionalismus erfolgen. Wir versprechen vor dem Herrn, unsere Kräfte und unser Leben dem Dienst dieser Sache zu widmen.“

Der Erzbischof von Lima, Kardinal J. Landázuri Ricketts, bezeichnete den Aufruf als einen positiven Beitrag über Gegebenheiten, „denen wir nicht ausweichen dürfen“ (vgl. „Noticias Aliadas“, 23. 3. 68).

Anläßlich einer Versammlung der Regierungspartei, so berichtet „Noticias Aliadas“ (6. 4. 68) in einer Zusammenstellung erster Reaktionen, wurde an einen prominenten Politiker die Frage gestellt: „Und was halten Sie vom kommunistischen Manifest der Pfarrer?“ Diese für konservative Rechtskreise typische Frage wurde mit „Wir unterstützen es“ beantwortet. Auch alle anderen Parteien und zahlreiche Informationsorgane haben die Erklärung der Priester positiv aufgenommen, wenn man sich davon auch nicht viel konkrete Erfolge versprechen darf. „El Comercio“, eine bedeutende Tageszeitung des Landes, hob hervor, die Kirche hätte erneut ihren Kompaß nach den Erfordernissen der Zeit eingestellt. „Während hier im Lande einige taub bleiben, die aufhorchen sollten, während in Neu-Delhi die mächtigen Nationen ebenfalls diese unglaubliche Taubheit zeigen, die gleichermaßen unmenschlich und auf internationaler Ebene unklug ist, vereinigen sich die Stimmen des Papstes, der Bischöfe und der Priester im allgemeinen zugunsten der Enteigneten in der Welt.“ Die Zeitschrift „Oiga“ sieht in der Erklärung der Priester ein Zeichen dafür, daß endlich auch in Peru „das Klima ernsthafter Erneuerung“ angebrochen sei und daß sich das Land nun „auf der Linie des Konzils“ befinde. Die Publikation „Caretas“ hebt in ihrer positiven Stellungnahme hervor, daß die vorgeschlagenen Lösungsversuche „nur als revolutionär“ bezeichnet werden könnten. Bemerkenswert ist das Echo bei den peruanischen Baptisten und Methodisten, die sich den Priestern zur Zusammenarbeit anbieten, zu einem „ökumenischen Dialog, nicht mehr innerhalb der vier Wände, kalt und ohne Wirkungen, sondern in der Form des Engagements in Handlungen und des gemeinsamen Kampfes, zwischen Christen . . . und Nichtchristen, für die gründliche und dringend notwendige Umgestaltung unserer Gesellschaft.“

Wenn auch die politischen Zustände Perus weder mit den Militärdiktaturen des Kontinents noch mit den chaotischen Verhältnissen Mittelamerikas verglichen werden können, so erscheint die Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus realistisch. Die Koalitionsregierung des Ministerpräsidenten und Führers der Acción Popular, Fernando Belaunde Terry, mit ihrem gemäßigten „sozialistischen“ Programm, wird in ihrem Reformwillen mehr noch als durch interne Auseinandersetzungen durch die Abhängigkeit von außen und den wirtschaftlichen Führungsschichten gehemmt. Bezeichnend ist der Vermerk der Nachrichtenagentur, daß die Äußerungen der Priester und die Reaktion des Kardinals gerade zu einem Zeitpunkt der Enthüllung von Millionenskandalen erfolgten, in die „Exminister, Abgeordnete, hohe Zollbeamte und Angehörige der Polizei verwickelt“ seien. „Nach der Schätzung des Präsidenten der Abgeordnetenversammlung hat der Staat infolge des Schmuggels eine an 250 Millionen Dollar grenzende Summe eingebüßt.“

Die 10. Christliche Friedenskonferenz in Prag Vom 31. März bis 5. April 1968 tagte in Prag zum zehntenmal die 1958 ins Leben gerufene Allchristliche Friedenskonferenz, konkret

gesagt, zwischen dem nicht zur Kenntnis genommenen Kurswechsel Präsident Johnsons im Vietnamkrieg und dem Mord an Martin Luther King, mit der Umstrukturierung der ČSSR als Hintergrund, der nicht mehr ins vorgesehene Konzept hineinpaßte. Die Konferenz dieser progressistischen Theologen, diesmal fast 600, davon ein Drittel aus der „Dritten Welt“, wurde ein Schulfall dafür, wie man mit festgefahrenen Ideologien Wandlungen verschlafen kann. Dies sei Anlaß zu einem Rückblick und angesichts der organisatorischen Beschlüsse auch zum Ausblick der Konferenzarbeit.

Ihr Vorsitzender, nochmals wiedergewählt, Prof. Hromadka, einer der ältesten Pioniere der Ökumenischen Bewegung, sagte in seinem Grundsatzreferat zum Generalthema: „Rettet den Menschen — Friede ist möglich“ (abgedruckt in „Stimme der Gemeinde“, 15. 4. 68) mit Grund, man solle sich nicht als „östliche Ökumene“ abtun lassen. In seinem Rückblick auf die letzten zehn Jahre wurde nicht ganz deutlich, daß die Prager Friedenskonferenz gleichsam ein Nebenprodukt eines gewissen Fehlansatzes des Weltrates der Kirchen bei seiner Gründung 1948 geworden ist. Dieser war anfangs eine fast zu naive Symbiose von amerikanischer Friedenssicherung gegen den Weltkommunismus, repräsentiert durch John Foster Dulles, prominentes Mitglied der CCIA im Weltrat, und den christlichen Soziallehren. So kam es, daß einige „Linksaußen“ des Weltrates, darunter Martin Niemöller mit seinen Freunden und J. Hromadka, Kontakte zum Moskauer Patriarchat suchten und fanden. Sie führten immerhin schließlich 1961 zum Beitritt der Orthodoxen Kirchen des Ostblocks zum Weltrat der Kirchen.

Doch vorher entwickelte sich in Gestalt der Allchristlichen Friedenskonferenz von Prag eine von der russischen Orthodoxie dirigierte „Gegenökumene“, deren erste Phase sich mit dem West-Ost-Konflikt und einer standardisierten Polemik gegen NATO und BRD beschäftigte. Erst in den letzten vier Jahren folgte man auf den Spuren der Revolutionstheologie des Genfer Referates „Kirche und Gesellschaft“ sowie neueren päpstlichen Enzykliken, vor allem *Pacem in terris* und *Populorum progressio*, auch den Problemen der Dritten Welt, deren Vertreter man

einlud. Das gilt für Afrika, Lateinamerika und Südostasien, selbst die Einbeziehung Rotchinas ist zum Anliegen geworden. Dabei ging Hromadka diesmal so weit, daß er erklärte: „Wir werden mit unseren Mitarbeitern aus der Dritten Welt offen darüber sprechen, welcher Weg der sozialen Revolution sich in diesem Geschehen (um soziale Gerechtigkeit) mehr durchsetzen wird, der sowjetische oder der chinesische Weg . . .“ Es gebe keine einfache Formel. Diese Distanzierung von Moskau war ziemlich kühn, sie ist wohl einer der Gründe, warum in Prag trotz Abwesenheit der ursprünglich erwarteten römisch-katholischen Vertreter die „Zusammenarbeit mit den katholischen Brüdern“ erstrebt wurde.

In sechs Arbeitskreisen wurden z. T. nach starren ideologischen Konzepten die verschiedenen Friedensfragen durchberaten. Dabei kamen diesmal die Probleme der Dritten Welt voll zur Geltung, so daß man sagen kann, Prag wurde zu einem Forum des Verständnisses für die Nord-Süd-Spannung. Dafür sorgte auch der Inder M. M. Thomas, Vorsitzender der Kommission „Kirche und Gesellschaft“ des Ökumenischen Rates, der in Prag seine Sache der nationalen Revolution vertrat (vgl. zu seinem Buch: Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 172). Man wollte sich u. a. für einen entsprechenden Auftritt auf der Vierten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Uppsala rüsten. Dabei wurde von den Radikalen konsequent auf Revolution gedrängt: „Schafft zwei, drei, viele Vietnams“, so schloß Julio de Santa aus Montevideo sein Referat über die Notwendigkeit nationaler Volksaufstände in Lateinamerika (epd, 2. 4. 68). In der Ost-West-Frage dominierten die Klischee-Parolen der Russen und Ostdeutschen. Erzbischof Michael von Woronesch perhorreszierte den USA-Imperialismus und den Bonner Revanchismus so grob, daß sich Erzbischof Nikodim vom Außenamt des Moskauer Patriarchats genötigt sah, feiner

zu nuancieren. Dennoch distanzieren sich verschiedene Mitglieder der deutschen Delegation, der auch Oberkirchenrat Hanfried Krüger vom Außenamt der EKD angehörte, von den nicht mehr mit christlicher Theologie zu belegenden Resolutionen über Vietnam und die Deutschlandfrage (so die Oberkirchenräte Heinz Kloppenburg und Karl Immer, Düsseldorf; vgl. epd, 10. 4. 68, auch Präses Wilm).

Bemerkenswert war, daß die Konferenzleitung sich bemühte, die Tagung gegen Einflüsse der Liberalisierungswelle in der ČSSR abzusichern. Dennoch gelang es den tschechischen Studenten, einen Diskussionsabend mit dem eigens eingeladenen Rudi Dutschke über Gesellschaftsreform durchzusetzen. Er unterbrach die ermüdende Monotonie der Diskussionen in den Arbeitskreisen, die nach der Darstellung von Oberkirchenrat Erwin Wilkens „schlicht die Dokumentation eines provinziellen Dilettantismus und überheblicher Selbstgerechtigkeit“ waren („Sonntagsblatt“, 14. 4. 68). Nur die theologische Arbeitsgruppe habe einen ernsthaften Beitrag zum Gespräch zwischen reformatorischer und orthodoxer Theologie geleistet. Sonst aber erwecke die Friedenskonferenz bereits den Eindruck, zu einer autoritären Apparatur erstarrt zu sein.

Das ergibt sich aus der Wahl eines „Ausschusses für die Fortsetzung der Arbeit“. Er wird aus 130 Mitgliedern bestehen und zum ständigen Vorsitzenden Erzbischof Nikodim vom Moskauer Patriarchat haben. Damit dürfte die Konferenz weitgehend ein Instrument östlicher ökumenischer Strategie geworden sein. Man weiß nicht, wie weit die Beschwichtigungen von Hromadka Beachtung gefunden haben, daß nach soviel Kritik an verschiedenen Regierungen auch die Solidarität der Sünder im Sinne Christi betätigt werden müsse. Man dürfe vor Selbstkritik nicht zurückschrecken.

Vorgänge und Entwicklungen

Ein Typologie des brasilianischen Katholizismus

Eine Gesamtanalyse des brasilianischen Katholizismus nach pastoralsoziologischen Gesichtspunkten ist bisher nicht erstellt worden. Noch vor einem Jahr bezweifelte der holländische Geistliche G. J. Deelen, der ehemalige Leiter des dem brasilianischen Episkopat unterstehenden Zentrums für Religionsstatistik und Sozialforschung CERIS (im September 1967 wurde er seines Amtes enthoben, offenbar wegen einer Umfrage zur Priestersituation im Zusammenhang mit dem Zölibat; vgl. NC News Service, 11. 9. 67), daß sich die maßgebenden Kirchenmänner des Landes überhaupt der religiösen Probleme Brasiliens und der Notwendigkeit zu wissenschaftlichen Analysen derselben bewußt seien. Eine Soziologie des Katholizismus sei in Brasilien „praktisch nicht existent“; über die religiösen Phänomene des Spiritismus sowie die aus den afrikanischen Religionen und den Kulturen der indianischen Ureinwohner stammenden Elemente dagegen sei man gut unterrichtet (vgl. „Social Compass“, XIV/1, 1967, S. 53—57). Die zahlreichen Reiseberichte, wie z. B. das „Tagebuch einer Brasilienreise“ von Karl Josef Dieckmann (Kirche in der Krise, Driewer, Essen 1967), vermögen nur ein lückenhaftes Bild von dem All-

tagsleben der brasilianischen Kirche zu geben. Die gegenwärtig laufenden Untersuchungen durch Institutionen wie FERES und CERIS lassen jedoch erwarten, daß auch die für pastorale Planung erforderlichen Fakten aufgezeigt werden. Das zeigen bereits zwei erste Veröffentlichungen in der internationalen Zeitschrift für Religionssoziologie „Social Compass“. Der erste Beitrag liefert eine „Typologie des brasilianischen Katholizismus“, von dem Soziologen der Universität von São Paulo, Procopio Camargo, die sich zwar ausdrücklich als ein erster Versuch versteht, die aber vor allem in der Beschreibung des vorherrschenden traditionellen Katholizismus durchwegs überzeugend wirkt (XIV/5—6, 1967, S. 399—422). Ergänzend dazu informiert der Theologe und Religionssoziologe Antonio Rolim über „Aspekte des Sonntagsmeßbesuches in Brasilien“ (a. a. O., S. 457—468).

Camargo unterscheidet drei Haupttypen des brasilianischen Katholizismus: die zwei deutlich unterscheidbaren Varianten des traditionellen Katholizismus auf dem Lande und in der Stadt (catholicisme traditionnel rural/urbain) und den mit Bewußtsein gelebten, verinnerlichten Katholizismus (catholicisme intériorisé).

Camargo definiert den traditionellen Katholizismus als soziales und religiöses Verhalten, das bestimmt wird a) durch die Macht der Gewohnheit und die sanktionie-